

SPD-Gemeinderatsfraktion-Elzach

Michael Meier, Fraktionssprecher

Hubertus Wisser, stellv. Fraktionssprecher

Carmen Pontiggia

Hans Moser



www.spd-elzach.de
m.meier1@t-online.de

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tibi,
sehr geehrter Herr Bühler

30.01.2024

meine im vergangenen Jahr an gleicher Stelle formulierte Aussage „Die Krise ist der neue Normalzustand“ hat sich leider bestätigt.

Der nicht enden wollende Ukraine Krieg, ein grausamer Nahostkonflikt mit dem Potential zum Flächenbrand, eine immer spürbarer werdende Klimakrise sowie steigende Flüchtlingszahlen verunsichern die Menschen und haben zudem Auswirkungen auf die globale Wirtschaft. Insbesondere mittelständische Unternehmen werden durch Inflation, hohe Energiekosten und den Arbeitskräftemangel stark belastet.

Diese noch unvollständige Aufzählung zeigt vor welch großen Herausforderungen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker stehen. Eine transparente Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträgern und Bürgern ist unerlässlich, um Vertrauen in politisches Handeln zu stärken. Gerade jetzt müssen politische Entscheidungen faktenbasiert nachvollziehbar sein und verständlich transportiert werden.

Die derzeitige Stimmungslage mit Blick auf die anstehenden Wahlen sollte uns alle beunruhigen. Die AfD als stärkste Fraktion in einem oder mehreren Landtagen würde die politische Landschaft Deutschlands umkrepeln, denn die politischen Köpfe dieser Partei zielen auf eine grundsätzliche Systemveränderung.

In Polen ist zu beobachten, dass der Abbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen nicht einfach rückgängig gemacht werden können. Diese Einschätzung stammt u.a. vom ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle der den Fortbestand der Demokratie in Deutschland als keineswegs gesichert ansieht. "Es kann durchaus sein, dass sich unsere westliche Demokratie nur als eine kurze Phase in der Geschichte der Menschheit erweist", sagte er der Badischen Zeitung. "Wer das nicht möchte, sollte sich für unsere Demokratie engagieren. Das Leben in einer Demokratie war nie ein Paradies. Aber das Leben in totalitären Regimen ist deutlich schlechter."

In nahezu allen Bereichen ist vom Abbau von Bürokratie die Rede. Dies fordern auch die Kommunen, nicht zuletzt, weil der Fach- und Arbeitskräftemangel einen schlankeren Staat nötig macht. Immer häufiger ist festzustellen, dass der Staat seine Leistungsgrenzen bei der praktischen Umsetzung erreicht hat. Insgesamt hat die öffentliche Verwaltung zunehmend ein Personalgewinnungsproblem.

Umso wichtiger ist, eine konsequente Umsetzung der Digitalisierung, dass Doppelstrukturen abgebaut und unnötige Regelungen ersatzlos gestrichen werden, um das vorhandene Personal von überflüssiger Bürokratie zu befreien. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich immer wieder, dass zu hohe Standards ein Hindernis für handlungsfähige Kommunen sind. Standardverschärfungen müssen in Zeiten knapper Personalressourcen hintenangestellt und neue Regelungen stets einem Praxischeck der Machbarkeit unterzogen werden.

Viele Gesetzesvorhaben können durch die kommunalen Spitzenverbände selten mit den Mitgliedsverbänden diskutiert werden, da die Fristen der Verbändebeteiligung oft auf wenige Tage reduziert werden. Nach Auffassung des nationalen Normenkontrollrates, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung der Bürokratiekosten und Folgekosten aller Gesetzes- und Verordnungskosten der Regierung prüft, begeht der Gesetzgeber hier einen erheblichen Fehler. Denn vieles könnte vermieden werden, wenn die kommunale Praxis stärker eingebunden werden würde. Hinzukommt, dass die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen häufig zu sehr aus ministerialer Sicht betrachtet werden.

Bürokratie ist nicht schlechtes, es sorgt für geordnete Abläufe.
Was für Unmut sorgt, sind Verbote und Gängelungen.
Etliche gesellschaftliche Ziele sind berechtigt, das Problem ist die Umsetzung.
Wir erleben gerade eine dogmatische Politik, statt pragmatische Lösungen.

Man kann zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 für nichtig erklärte, stehen wie man will. Es hat uns und die Regierung ein Stück weit ehrlich gemacht, dass nicht alle Krisen zu bewältigen sind, ohne dass es die Bürger belastet.

Somit kommen wir zu den Niederungen unseres Haushalts.
Hier gilt zunächst unser Dank dem Rechnungsamtsleiter Herr Bühner und seinem Team.
Für mich als Gemeinderat war der einleitende Vorbericht zum Haushaltsplan selten so umfangreich und erklärend, was aktuelle und künftige Entwicklungen betrifft.

Angesichts dieser aktuellen Rahmenbedingungen ist klar, dass die Pflichtaufgaben, die die Kommunen in Deutschland und damit auch die Stadt Elzach erfüllen müssen, immer größer werden und damit einen größeren Teil der Einnahmen binden.
So warnen u.a. auch die kommunalen Spitzenverbände davor, dass die Städte und Gemeinden zusehends in eine dauerhafte Schieflage rutschen.

Beispielhaft sei hier der ganze Bereich Kinderbetreuung genannt.
Galt es im Jahr 2019 ein Defizit von 1,25 Mio. zu bewältigen so stehen im aktuellen Haushaltsplan 2,49 Mio. zu Buche. Diese resultieren zu einem großen Teil aus überfälligen Tarifsteigerungen der MitarbeiterInnen. Hingegen verharren die Landeszuschüsse auf einem stabilen niedrigen Niveau.
Dennoch wollen wir mit besonderen Maßnahmen vor Ort versuchen, die Balance zwischen den Belangen der pädagogischen Fachkräfte, dem Betreuungsbedarf der Eltern und dem Bildungsanspruch der Kinder zu wahren. In Zeiten knapper Personalressourcen wollen wir verantwortliche Lösungen entwickeln, damit Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten allen Kindern in Elzach chancengleich ermöglicht werden.

„Im investiven Bereich ist der Haushalt 2024 richtungsweisend für die großen Projekte der nächsten Jahre. Hohe Belastungen entstehen durch die Sanierung und Erweiterung der KSB-Schule, den ÖPNV-Bereich (insb. Bahnhofsumbau und Bushaltestellen) und die Komplettsanierung der Straße Am Finkenacker. Neben diesen finanziellen Großprojekten bleibt im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nur wenig Spielraum. Es mussten deshalb in größerem Umfang Projekte aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen oder zeitlich verschoben werden. Nichtsdestotrotz sieht das Jahr 2024 ein umfangreiches Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 7,39 Mio. Euro vor. Dem stehen Einzahlungen in Höhe von 3,55 Mio. Euro gegenüber. Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit liegt damit bei 3,84 Mio. Euro. Dieser hohe Finanzbedarf kann ohne Kreditaufnahmen nicht gedeckt werden“
So weit ein Auszug aus dem bereits gelobten Textteil von Herrn Bühner.

Für das als Zukunftsprojekt angekündigte „Glasfaser für Elzach“ sind im Haushalt keine Mittel vorgesehen. Trotz einer 90 % Förderung durch Bundes- und Landesmittel, einem Kooperationsvertrag mit dem Unternehmen „Deutsche Glasfaser“ sowie dem Erreichen der geforderten Anschlussquote treffen sich Landkreis und das genannte Unternehmen vor dem Verwaltungsgericht.
Selbst nach einem Gerichtsurteil über möglicherweise förderschädliche Nutzung vorhandener Leitungen scheint nach den gemachten Erfahrungen die Realisierung des Ausbaus keineswegs gesichert. Eine aus unserer Sicht beschämende Entwicklung.

Bereits 2018 fiel der Startschuss für den Schulentwicklungsplan. Nach mehreren Anläufen hat das Regierungspräsidium das erstellte Grundschulkonzept gebilligt so das im laufenden Jahr in die konkreten Planungen eingestiegen werden kann.
In beide Schulstandorte werden in den nächsten Jahren erhebliche Investitionsmittel für Ausbau und Sanierung fließen. Unser Ziel ist es, den ab dem Schuljahr 2026/27 eingeführten Rechtsanspruch beginnend in Klassenstufe 1 für Grundschüler erfüllen zu können, denn ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote fördern die Teilhabechancen der Schülerinnen und Schüler und sind für unsere Familien die Basis für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der im Laufe des Jahres anstehende Neubau des multimodalen Mobilitätsknoten wird das Gesicht des gesamten Bahnhofareals erheblich verändern. Erfreulicherweise hat sich der S-Bahn Betrieb der S2 deutlich stabilisiert und verbunden mit der Einführung des Deutschlandticket zu einer spürbaren Steigerung der Fahrgastzahlen geführt.

Mit dem Bahnhofsumbau geht auch der Verlust der Parkmöglichkeiten für Autos einher. Eine Kompensation durch ein zweites Parkdeck beim „Parken an der Elz“ ist bestenfalls mittelfristig realisierbar.
Deshalb appelliere ich einmal mehr, wann immer möglich auf die Zubringerbusse umzusteigen. Deren Akzeptanz hängt jedoch maßgeblich von Taktung und Kapazität ab.
Vergleichsweise geringe Verbesserungen zu den bekanntermaßen am stärksten frequentierten Zeiten könnten dazu beitragen. Das schon reflexartig fallende Argument zusätzlicher Kosten sehen wir bei einer bedarfsgerechteren Linienplanung nicht automatisch als gegeben.
Nach wie vor halten wir das Erstellen eines Gesamtheitlichen Verkehrskonzeptes für geboten.

Kritik an der Schülerbeförderung auf Grund langer Wartezeiten insbesondere in die Seitentäler wurde von einigen Initiativen artikuliert. So auch von den Ratsgremien der Elztalgemeinden dem sich auch die Fraktionen der SPD und CDU dieses Gremiums angeschlossen haben.
In einer Verlautbarung des Landratsamtes werden im Rahmen des neuen Nahverkehrsplans 2024 deutliche Verbesserungen angekündigt.

Neben den schon beschriebenen Maßnahmen warten auf den am 09. Juni neu zu wählenden Gemeinderat weitere spannende Aufgaben und Investitionsvorhaben.

Erwähnt sei der dringende Neubau des Bauhofs, eine verbesserte Anbindung der BDH-Klinik, die vierte Reinigungsstufe in der Kläranlage und als flächengrößte Gemeinde im Landkreis immer wieder Investitionen in das Leitungsnetz.

Mit Blick auf die Einnahmeseite zählt die Gewerbesteuer zu den wichtigsten Säulen.

Diese summiert sich aus einigen größeren und zahlreichen kleineren Gewerbetreibenden und ist selbstredend von konjunktureller Entwicklung und dem Weltgeschehen insgesamt abhängig.

Unser Ziel muss es sein die lokale Wirtschaftsleistung zu stärken und nicht bei ohnehin schon schwierigeren Rahmenbedingungen zu weiteren Unsicherheiten beizutragen.

Innenstädte sind ein Stück Kulturgut, Stätten der Begegnung und wirtschaftlichen Handels.

Bummeln, Shoppen, Essen sind gewachsene Funktionszusammenhänge. Das Interesse muss sein, die Stadt als attraktiven vitalen Lebens- und Erlebnisraum für alle Generationen zu gestalten; denn die Urbanität einer Stadt bildet die Grundlage des gesellschaftlichen und sozialen Miteinanders.

Im Rahmen der durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus geförderten Innenstadtberatung wurde durch einen Innenstadtberater der IHK Südlicher Oberrhein eine gründliche Analyse der Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken (SWOT) im gemeinsam abgegrenzten Innenstadtbereich erstellt.

Die zunächst auf 6 Monate angelegte Begleitung von Stadtverwaltung, Gewerbeverein und Tourismus erfolgt mit dem Ziel der Stärkung des Innenstadtbereichs als Wirtschaftsstandort und die Sicherung der dort wirtschaftlich tätigen Akteure. Ergänzend werden Empfehlungen ausgesprochen, die die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt sowohl für Einwohner und Besucher verbessern können. Dieser sogenannte Masterplan Innenstadt soll in den nächsten Wochen dem GR und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zum Schluss gilt unser besonderer Dank allen MitarbeiterInnen in der Verwaltung, dem Bauhof, den Technischen Betrieben, den Erzieherinnen. Sie alle engagieren sich für eine attraktive lebenswerte Stadt Elzach, ebenso wie die Gesamtfeuerwehr und die Rettungskräfte. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, die angespannte Finanzlage auch in unserer Kommune sollen uns Ansporn sein, hier im Gemeinderat weiterhin konstruktiv, um die besten Lösungen zu ringen. Danke für die gute Zusammenarbeit und Eurer geschätzten Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion
Michael Meier

